

Krisenjahr als Wendepunkt

Heute unterscheide sich die türkische Wirtschaft "nicht fundamental" von jenen anderer Beitrittskandidaten, "aus unserer Sicht gibt es keinen Grund, die Beitrittsverhandlungen negativ zu sehen", betonte der Türkei-Experte des **Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW)**, Josef Pöschl, bei der Präsentation einer vom Bundeskanzleramt in Auftrag gegebenen Studie am Dienstag in Wien.

Starker Mann an der Spitze

Bedenken gegen einen EU-Beitritt der Türkei seien daher eher in nicht-wirtschaftlichen Bereichen zu orten, so die WIIW-Experten. Angesichts der häufigen Wirtschaftskrisen in der Vergangenheit - die auch von der Schwäche früherer Regierungen verursacht worden seien - gebe es berechtigte Angst vor neuen Rückschlägen. "Die Türkei wird jetzt zehn, fünfzehn Jahre lang eine starke Regierung brauchen", so Pöschl. Mit Premier Recep Tayyip Erdogan sei derzeit ein starker Mann an der Spitze der Regierung, was auch gut für die Wirtschaft sei. Im Vorfeld der Wahlen im Jahr 2007 könnte sich die Regierung zu populistischen Maßnahmen gezwungen sehen, die der Wirtschaft schaden könnten - derzeit sehe es jedoch nicht danach aus, glaubt Pöschl.

Währungspolitik

"Derzeit läuft es für die türkische Wirtschaft sehr gut", das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sei 2004 um 8,9 Prozent gestiegen. Das Krisenjahr 2001 war nach Ansicht des WIIW möglicherweise ein entscheidender Wendepunkt für die türkische Wirtschaftspolitik: "Uns scheint, dass die Krisenanfälligkeit im Moment nicht sehr hoch ist und dass es seit der schweren Krise 2001 Reformen gegeben hat, die Biss haben", zeigt sich WIIW-Experte Pöschl zuversichtlich. Wichtig sei, "dass man nicht mehr versucht, auf Teufel komm raus einen fixen Wechselkurs zu halten". Jetzt verfolge die Türkei bei ihrer Währungspolitik ein "floating regime" und die Notenbank greife nur noch ein, um extreme Ausschläge zu verhindern.

Krise im Bankensektor

Auch im Bankensektor, der die Krise ausgelöst habe und dadurch "ein neuralgischer Punkt im allgemeinen Bewusstsein" geworden sei, habe es wichtige Reformen gegeben. So habe der Staat seine Verbindlichkeiten bei den Banken nun anerkannt, was jedoch die Schulden des öffentlichen Sektors stark in die Höhe getrieben habe. Die Türkei verfüge nun über eine unabhängige Bankenaufsicht und dank kostspieliger Konsolidierungsschritte im

Bankenbereich habe sich der Zustand der Branche stark verbessert. Dennoch "würde ich nicht sagen, dass die Banken-Konsolidierung ganz beendet ist", gibt sich Pöschl vorsichtig.

Positiv zu vermerkt wird in der WIIW-Studie, dass sich der Wertverfall der türkischen Währung stark verringert habe, noch immer liege die Inflation aber deutlich über dem EU-Durchschnitt. In den vergangenen Jahren wurde eine größere Anzahl staatlicher Betriebe privatisiert. Andere Staatsbetriebe seien Partnerschaften mit in- oder ausländischen Privatunternehmen eingegangen und auch der Management-Stil in den verbliebenen Staatsbetrieben habe sich zum Besseren verändert.

Anteil einzelner Länder am gesamten EU-BIP 2003

EU-25 = 100 Prozent

	Neue EU Länder Osteuropa
- Polen	3,9 %
- Tschechien	1,5 %
- Ungarn	1,4 %
- Slowakei	0,6 %
- Litauen	0,4 %
- Slowenien	0,3 %
- Lettland	0,2 %
- Estland	0,1 %
	Kandidatenländer
- Türkei	4,4 %
- Rumänien	1,5 %
- Bulgarien	0,5 %
- Kroatien	0,4 %
	Vergleich
- Österreich	2,1 %